

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend weitere Attestausbildungsplätze in der Stadtverwaltung, eingereicht von Gemeinderätin M. Schwager (SP) und Gemeinderat R. Schürmann (CVP)

Antrag:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend weitere Attestausbildungsplätze in der Stadtverwaltung wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

Bericht:

Gemeinderätin Mona Schwager, namens der SP-Fraktion, und Gemeinderat René Schürmann, namens der CVP-Fraktion, reichten am 12. März 2007 mit 38 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgendes Postulat ein, welches vom Grossen Gemeinderat am 19. November 2007 an den Stadtrat überwiesen wurde:

"Der Stadtrat wird eingeladen, verwaltungsintern oder in Ausbildungsverbänden vorerst zehn zusätzliche Attestausbildungsplätze zu schaffen.

Begründung:

Der Stadtrat wird mit diesem Anliegen in seinen Legislaturzielen unterstützt, wonach allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Winterthur Perspektiven für ihre berufliche Zukunft ermöglicht werden sollen. Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz wird in der Schweiz seit 2004 offiziell eine neue berufliche Grundbildung eingeführt: Die zweijährige Grundbildung mit Berufsattest (EBA). Der Abschluss ist eidgenössisch anerkannt. Die bisherige Anlehre wird abgelöst.

Die Attestausbildung ist eine zweijährige, auf praktische Tätigkeiten ausgerichtete Ausbildung. Sie eignet sich für Personen, die eine Berufsausbildung mit einfacheren Berufstätigkeiten wählen. Die Durchlässigkeit zu einer drei- oder vierjährigen Lehre ist gegeben. Die Jugendarbeitslosigkeit ist eines der dringendsten, gesellschaftlichen Probleme. Es darf nicht den konjunkturellen Zufälligkeiten überlassen werden, ob Jugendliche eine gute Berufsbildung erhalten. Das Angebot von Ausbildungsplätzen für die berufliche Grundbildung für Jugendliche mit einem Leistungsniveau, welches einem Abschluss Sek C o.ä. entspricht, ist ungenügend. Hier ist die Wirtschaft – aber auch die Stadt als Arbeitgeberin – gefordert, entsprechende Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Statistik über die Berufswahl 2000 -2005 im Kanton Zürich zeigt ein eindeutiges Bild: Nur 34% der Jugendlichen mit Sec C-Abschluss schaffen unmittelbar nach Schulende den Sprung in die Berufsbildung. Per Stichtag Juni 2006 waren in der Stadt Winterthur laut einer Umfrage des biz Winterthur rund 20% der Jugendlichen mit tieferem Leistungsniveau ohne Anschlusslösung (weder Lehrstelle noch 10. Schuljahr).

Die Stadtverwaltung bietet gegenwärtig 27 Attestausbildungsplätze (inkl. PflegeassistentIn und 10 Plätze im Rahmen der KAP) in den Berufsbildern Fahrzeugwart/in, Gärtnereiarbeiter/in, Hauswartmitarbeiter/in, Restaurationsangestellte/r, Hotellerieangestellte/r, Küchenangestellte/r an.

Die Verwaltung der Stadt Winterthur sollte mit ihren verschiedenen Departementen über eine breite Palette von Möglichkeiten verfügen, um – nebst den bereits bestehenden Lehrstellen – weitere Attestausbildungsplätze zu schaffen: So zum Beispiel für die Berufsbilder Baupraktiker/in, Büroassistent/in, Logistikpraktiker/in, Hauswirtschaftspraktiker/in etc. Mit der Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für Jugendliche mit "tieferem" Schulabschluss hilft die Stadt mit einer weiteren Massnahme mit, das gravierende Problem der Jugendarbeitslosigkeit konkret anzugehen"

Der Stadtrat äussert sich dazu wie folgt:

Zunehmend mehr Jugendliche haben Schwierigkeiten, ihren Weg in die Arbeitswelt zu finden und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Ausschlaggebend dafür sind soziale Umschichtungen aufgrund familiärer Entwicklungen und der Immigration sowie ständig steigende Ansprüche. Im schweizerischen Berufsbildungssystem tragen der Staat und die Wirtschaft gemeinsam eine ökonomische und eine gesellschaftspolitische Verantwortung. Dazu zählt die Integration der Jugendlichen in eine erste nachobligatorische Bildung.

Es ist Aufgabe der privaten und öffentlichen Unternehmen, genügend Lehrstellen bereitzustellen. Sie sind aufgerufen, zusammen mit den Berufsverbänden die gesamte Breite der Ausbildungsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen. Insbesondere sind Lehrstellen in der neuen zweijährigen Grundbildung mit eidgenössischem Attest gefragt. Diese bieten wertvolle berufliche Einstiegsmöglichkeiten mit einfacheren Anforderungen.

Für die Einführung der Attestausbildung sprechen aus sozialpolitischer Sicht zweifelsfrei der sozio-ökonomische und der sozio-kulturelle Aspekt. Der Arbeitsmarkt verlangt nach immer besser qualifizierten Arbeitnehmenden. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist deshalb eine Höherqualifizierung auf allen Stufen, auch im niederschweligen Bereich, angezeigt. Mit der Höherqualifizierung von Jugendlichen werden die Karrierechancen erhöht und damit ihr sozialer Status und ihre Lebensbefindlichkeit. Durch die Kompatibilität mit der Ausbildung zum Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis werden berufliche Integration, Arbeitsmarktauglichkeit und Aufstiegsmöglichkeiten verbessert.

Der direkte Weg in die berufliche Grundbildung wird in der Regel nach dem neunten Schuljahr eingeschlagen. Heute versuchen rund 20% der Jugendlichen, über ein Brückenangebot in Form eines Berufsvorbereitungsjahres die Chancen auf dem Lehrstellenmarkt zu verbessern. Dieser Weg wird vielfach aus einer Notsituation gewählt, um schulische Defizite oder eine bessere Ausgangssituation aus Integrationsgründen zu erarbeiten. Die Stadt Winterthur führt heute drei Berufsvorbereitungsjahre mit rund 400 Schülerinnen und Schülern. 90% schaffen nach diesem Vorbereitungsjahr den Einstieg in eine Anschlusslösung.

Zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (EBA)

Im neuen Berufsbildungsgesetz wird die Anlehre durch die zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest abgelöst. Im Gegensatz zur Anlehre, bei der nach einem individuell gestalteten Programm ausgebildet wird, durchlaufen die Absolventinnen und Absolventen einer zweijährigen beruflichen Grundbildung eine standardisierte Bildung. Somit haben auch schulisch schwächere Jugendliche die Möglichkeit, einen anerkannten Berufsabschluss mit Anschlussmöglichkeiten zu erlangen. Die zweijährige berufliche Grundbildung führt Jugendliche, die an vorwiegend praktischen Berufstätigkeiten interessiert sind, zu einem ersten Berufsabschluss und integriert sie in die Arbeitswelt und die Gesellschaft.

Ein zentrales Instrument der Integration in die Arbeitswelt ist die individuelle Begleitung von Jugendlichen in der Berufsbildung, deren Lernerfolg gefährdet ist. Mit einer individuellen Begleitung werden die Jugendlichen unterstützt, ihre persönlichen Kompetenzen soweit zu entwickeln, dass sie aus eigenen Kräften den Anforderungen von Gesellschaft, Wirtschaft und Bildung zu entsprechen vermögen und sich entfalten können. Die individuelle Begleitung hilft zudem, soziale Benachteiligungen zu beseitigen. Dabei stellt die Ausbildung von Personen mit Lernschwierigkeiten spezielle Anforderungen an Berufsbildungsverantwortliche. Die Bildung im Lehrbetrieb erfordert eine fachkundige individuelle Begleitung, besondere Betreuung der lernenden Person und auch entsprechende Ressourcen.

Angebotsprofil "Berufsvorbereitungsjahr mit beruflicher Grundbildung"

Die Stadt Winterthur führt drei Berufsvorbereitungsjahre (BVJ) mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

- Die Berufswahlschule (BWS) mit 100 Ausbildungsplätzen konzentriert sich auf Jugendliche, die ihre Berufswahl noch nicht abgeschlossen haben. In einem speziellen Programm stehen Berufswahlthemen im Vordergrund. Mit gezielten Massnahmen werden zudem schulische Defizite geortet und behoben, damit der im Laufe des Jahres gewählte Berufsbereich anvisiert werden kann.
- Die Werkjahrschule (WJS) mit 70 Ausbildungsplätzen konzentriert sich auf Jugendliche, die eine Lehrstelle in handwerklichen Berufen der Bau-, Metall-, Gestaltungs- und Gebäudeunterhaltsbranche suchen. Mit sehr viel Praxis werden die Jugendlichen auf die Lehre in direkter Weise vorbereitet.
- Die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) mit 230 Ausbildungsplätzen übernimmt die Aufgabe, Jugendliche im Bereich der Gastronomie, des Haushaltes, des Detailhandels, der Gesundheit und der sprachlichen Integration auf eine Anschlusslösung vorzubereiten.

Gegenwärtig befinden sich die Schulen in einer Umbruchphase, ausgelöst durch das Einführungsgesetz zum neuen Berufsbildungsgesetz. Mit dem kantonalen Projekt „Neugestaltung der Berufsvorbereitungsjahre“ ist ein Rahmenlehrplan umzusetzen, und sind die Schulen noch vermehrt auf die Sekundarstufe 2 auszurichten. Damit entstehen neue Möglichkeiten, auch auf der Sekundarstufe 2 im Rahmen von Attestlehrstellen tätig zu werden. Zurzeit überprüfen die Schulen Angebotsmöglichkeiten in Form von Attestlehrstellen. Dabei stehen zwei Varianten zur Diskussion:

- A) Attestlehrstelle als zweijährige Ausbildung. Dabei übernimmt die Schule die Aufgaben als „Lehrmeister“ wie in einem Betrieb der Privatwirtschaft.
- B) Attestlehrstelle als einjähriges Grundausbildungsjahr mit der Fortsetzung der Lehre im zweiten Lehrjahr in einem Betrieb der Stadt Winterthur oder der Privatwirtschaft.

Beide Varianten sind grundsätzlich möglich. Es stellt sich jedoch die Frage der Finanzierbarkeit. Es ist davon auszugehen, dass Attestlehrstellen (EBA) durch den Kanton nur im obligatorischen Berufsschulunterricht finanziert werden.

Die Umsetzung des neuen Rahmenlehrplans für die verschiedenen Angebote des Berufsvorbereitungsjahres ist auf das Schuljahr 2009/2010 vorgesehen. Im Anschluss ist geplant, auf das Schuljahr 2010/2011 auch Attestlehrstellen in den drei Schulen anzubieten. In welcher Form dies geschehen soll, ist noch in Diskussion.

Ausbildungsrestaurant "Römerpark"

Die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) verfügt mit dem Betrieb von Motivationssemestern über eine langjährige Erfahrung in der Ausbildung von stellenlosen Schulabgängerinnen und Schulabgängern. Im Auftrag des Kantons wurde seit rund sechs Jahren das Projekt "transit plus" betrieben. Jugendliche absolvierten dabei das erste Lehrjahr der zweijährigen Attestausbildung "Küchenangestellte/r" und "Restaurationsangestellte/r". Nachdem die KAP als Folge des kantonalen Submissionsverfahrens keinen Zuschlag für diese Ausbildungsplätze mehr erhielt, entschied der Stadtrat, die Attestausbildungen auch ohne den

Kanton in eigener Regie weiterzuführen, zu finanzieren und weiter auszubauen. Er gab daher im Frühling 2008 grünes Licht für die Schaffung und Finanzierung von bis zu 15 Attest-Ausbildungsplätzen. Mit der Miete des Restaurants Römerpark als Ausbildungsrestaurant wurde eine ideale Lösung gefunden.

Schaffung von zusätzlichen Attestausbildungsplätzen in der Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung Winterthur engagiert sich seit vielen Jahren in der Berufsbildung und versteht dieses Engagement als gesellschaftspolitischen Auftrag. Sie nimmt als bedeutende und fortschrittliche Arbeitgeberin die Verantwortung wahr, Jugendlichen eine praxisnahe Grundbildung als Fundament für das spätere Berufsleben anzubieten. Die msw-winterthur bietet heute 240 Ausbildungsplätze EFZ (Eidg. Fähigkeitszeugnis) in fünf technischen Berufen an.

Das Lehrstellenangebot in der Stadtverwaltung wurde in den letzten Jahren stetig ausgebaut. Seit 2002 hat sich die Zahl der Ausbildungsplätze auf 200 Lernende verdoppelt, und die Ausbildungsquote ist seither um 86% auf hohe 6.7% angestiegen (Anzahl der in Ausbildung Beschäftigten im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Beschäftigten). Dies konnte - trotz Verlust von diversen Ausbildungsplätzen infolge Kantonalisierungen des RAV, des Jugendsekretariats und der Berufsberatung, des Verkaufs des Rebbetriebes, der Aufhebung des Ladens der Stadtwerke, des Wegganges der OeKK und der Zusammenlegungen von Abteilungen infolge von Reorganisationsprozessen - dank grossem Engagement aller Beteiligten erreicht werden. Die Vergabe der Ausbildungsplätze erfolgt in rund der Hälfte der Fälle an Jugendliche mit abgeschlossener Sek B oder Sek C. Die Stadtverwaltung bietet nur wenige Lehrberufe an, bei welchen ausschliesslich die höchste Volksschulstufe Sek A vorausgesetzt wird. Im kaufmännischen Bereich (Profil B) werden gegen 40% der Lernenden aus der Sek B rekrutiert. Damit gehört die Stadtverwaltung zu den wenigen Betrieben in Winterthur, welche die KV-Ausbildung im B-Profil für schulisch schwächere Jugendliche anbietet.

Es zeigt sich in der Praxis, dass die Akquisition von Ausbildungsplätzen einen sehr grossen Aufwand bedeutet, viel Überzeugungsarbeit und Zeit erfordert und nicht einfach verfügt werden kann. In Zusammenarbeit mit dem Berufsinformationszentrum Winterthur (BIZ), dem Bereich Berufsbildung des Departements Schule und Sport und dem Personalamt wird seit Mai 2008 mit einem Lehrstellenförderer ein aktives Lehrstellenmarketing betrieben. Mit gezielter Unterstützung und Beratungsleistung wird die Stadtverwaltung im Rahmen des Berufsbildungsmarketings auf zusätzliche mögliche Attestausbildungsplätze durchleuchtet, und es wird bei den Bereichen weitere Überzeugungsarbeit geleistet.

Die vorhandenen Grundlagen und Strukturen der Berufsbildung in der Stadt Winterthur sowie die zentral im Personalamt vorhandenen Ressourcen für das Berufsbildungswesen genügen den heutigen veränderten Gegebenheiten und Anforderungen nicht mehr. Seit der Einführung der KV-Reform im Jahre 2003 hat die Arbeitslast im Zusammenhang mit der Betreuung des stadtinternen KV-Ausbildungsverbundes mit mehr als 50 Lernenden markant zugenommen. Für eine gezielte Förderung des Ausbaus des städtischen Lehrstellenangebotes sind daher die entsprechenden Strukturen zu schaffen und zusätzliche Ressourcen bereitzustellen. Dies ist im Voranschlag 2009 vorgesehen.

Bei der Stadtverwaltung absolvieren gegenwärtig 32 Lernende eine Attestausbildung. Es darf davon ausgegangen werden, dass mit der Bereitstellung bzw. dem Ausbau der entsprechenden Strukturen und Ressourcen weitere Attestausbildungsplätze geschaffen werden können und so der Forderung des Postulats entsprochen werden kann.

Der Stadtrat nimmt erfreut von der Entwicklung Kenntnis, dass in der Stadt Winterthur bis kurz vor Schulende nur noch 6 der insgesamt 50 Jugendlichen mit tieferem Leistungsniveau (Sek C) keine Anschlusslösung gefunden haben. Das entspricht 12%. Vor zwei Jahren waren es 15 von 81 Jugendlichen bzw. 19%. Das zeigt die Abschlusserhebung der Bildungsdirektion vom Juni 2008 betreffend Schul- und Berufswahl bei den Schülerinnen und Schülern im letzten Schuljahr (Quelle: Bildungsstatistik der Bildungsdirektion des Kantons Zürich, biz-winterthur).

Der Stadtrat ist weiterhin bestrebt, ein quantitativ wie qualitativ hohes Lehrstellenangebot – auch für schulisch schwächere Jugendliche - in der Stadtverwaltung zu bieten. Weiter wird mit den laufenden Massnahmen im neunten Schuljahr und im Berufsvorbereitungsjahr (10. Schuljahr) der Vorbereitung auf die Lehre vermehrt Beachtung geschenkt. In seinen Legislatorschwerpunkten 2006 – 2010 hat sich der Stadtrat zum Ziel gesetzt, Aufbauangebote zu schaffen, welche die soziale und berufliche Integration von jungen Menschen an der Schwelle zwischen Schule und Beruf sicherstellen. Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit den aufgezeigten Massnahmen ein wichtiger Beitrag geleistet wird, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Winterthur Perspektiven für ihre berufliche Zukunft zu ermöglichen.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Kulturelles und Dienste übertragen

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder